

Ist "Global Governance" machbar?

Global Marshall Plan für eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft - ein "GLOBAL CONTRACT"

Paradigmenwechsel - gemeinsames Wollen der Staaten - Reform europäischer und globaler Institutionen

Innerhalb von nur 20 Jahren mussten wir das Scheitern zweier Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme miterleben - mit leidvollen Folgewirkungen für viele Menschen:

- a) 1989 die "Implosion" eines kommunistischen Systems mit Planwirtschaft, zentralistischer Kommandowirtschaft, verbunden mit Zwang und Unfreiheit. Die wirtschaftliche Unterlegenheit dieses Systems gegenüber marktwirtschaftlichen Systemen und die von vielen Menschen als unerträglich empfundene Unfreiheit; verbunden mit zunehmender Handlungsunfähigkeit der politischen Klasse führte letztlich zur inneren Erosion und 1989 zum Zusammenbruch der kommunistischen Satellitenstaaten in Europa sowie 1990/91 schließlich der Sowjetunion selbst. Ein "Sonderfall" ist die Volksrepublik, in der die kommunistische Partei mit eiserner Hand ihr machtpolitisches Monopol weiterhin ausübt, gleichzeitig aber das Wirtschaftssystem auf einen bisher sehr erfolgreichen "Staatskapitalismus" umgestellt hat - wobei das Aufbrechen sozialer Spannungen spürbar und gewissermaßen "vorprogrammiert" ist.
- b) 2008/09 erleben wir nun den Zusammenbruch einer kapitalistischen Ideologie des "Marktfundamentalismus" und einer ausschließlich profitgetriebenen Ökonomie, welche letztlich an ihrer eigenen Gier und Spekulationswut gescheitert ist. Dieses Scheitern - speziell das Platzen der Spekulationsblasen auf wildgewordenen, völlig ungezügelt globalen Finanzmärkten - war vorhersehbar, wenn man nicht auf einem Auge ideologisch blind war. Was mich überrascht, ist die Unverfrorenheit, mit welcher die Akteure genau jenes kapitalistischen Marktfundamentalismus, die den Staat stets möglichst weit weg haben wollten, nun genau diesen Staat als "Bürgen und Zahler" einfordern. Die allergrößten Kapitalisten in der Finanz- und Autoindustrie fordern plötzlich Verstaatlichungen, um die Riesenpleiten, die sie gebaut haben, elegant auf die Steuerzahler abwälzen zu können. Wenn die Regierungen - vor allem, wenn sie der Versuchung unterliegen, sich gegenseitig auszuspielen - jetzt nicht auf der Hut sind, werden die Staaten auf Jahre hinaus die Schuldenlast des gescheiterten "Casinokapitalismus" mit sich schleppen, während die Protagonisten des ideologisierten Marktfundamentalismus ihr Spiel von vorne beginnen können. Die Idee der "Bad Bank" ist dafür ein geradezu klassisches Beispiel.

Daher überrascht und ärgert mich die Ratlosigkeit, welche sowohl in der politischen Debatte wie auch in den Diskussionsbeiträgen aus Wissenschaft und Medien in Bezug auf ordnungspolitische Alternativen vorherrscht. Gerade so, als gäbe es keine Alternative zu Kapitalismus einerseits und Verstaatlichung andererseits. Gerade so, als hätte es das bisher erfolgreichste Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell - nämlich jenes der Sozialen Marktwirtschaft - noch nie gegeben.

Dieses in Mitteleuropa, aber auch in der skandinavischen Variante bewährte Modell der Sozialen Marktwirtschaft auf die Erfordernisse des 21. Jahrhunderts hin weiterzuentwickeln und auch als Ordnungsrahmen für eine faire Gestaltung von Globalisierung zu etablieren, darin sehe ich ein Gebot der Stunde und eine erfolgsversprechende Herausforderung. Wir brauchen auch auf globaler Ebene einen Paradigmenwechsel von "marktradikal" zu "ökosozial".

Europa kommt beziehungsweise käme dabei eine herausragende Verantwortung für die weltweite Entwicklung zu. Woher sonst sollte dieser Impuls kommen?

In ihrem Kommentar: "Globalisiert den europäischen Wohlfahrtsstaat" schreibt Trautl Brandstaller treffend: *"Das europäische Modell - der Wohlfahrtsstaat, der seinen Bürgern ein ‚gutes Leben‘ ermöglicht, als Alternative zu neuem Sozialdarwinismus, zum Hobbes'schen Kampf aller gegen alle - kann sich nicht nur als Modell für die "Festung Europa" verstehen, wir müssen versuchen, seine Grundprinzipien weltweit durchzusetzen. Das europäische Modell kann Bausteine liefern für den Aufbau einer gerechten Weltordnung. Nur wenn die weltweit wachsende Kluft zwischen Arm und Reich geschlossen wird, wenn das derzeitige Dogma eines sozial und ökologisch ungebremsten globalen Marktes aufgegeben wird, hat eine neue Weltordnung Chancen, realisiert zu werden. Damit könnte der europäische Wohlfahrtsstaat als globales Modell dazu beitragen, die weltweiten sozialen Konflikte abzubauen und künftige Kriege zu verhindern."*

Dazu ist es allerdings notwendig, dass sich die Verantwortlichen in den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten, vor allem aber die zum Teil nach wie vor blindwütig und einseitig auf "Liberalisierung um jeden Preis" ausgerichteten Akteure in der EU-Kommission und im Europäischen Gerichtshof, wieder selbstbewusster auf den positiven Erfahrungsschatz des "europäischen Lebensmodells" besinnen und nicht in vorauseilendem Gehorsam den Musterschüler in Neoliberaler Politik abgeben. "Basel II" ist dafür ein beredtes Beispiel: Man ließ sich ein System aufdrängen, welches einerseits den Banken enorm hohe Kosten bescherte und das andererseits nicht der europäischen Kultur der Kundenbeziehungen zwischen Banken und Unternehmen entsprach, um jetzt feststellen zu müssen, dass die USA gar nicht daran dachten, dieses System auch für sich anzuwenden.

Im "Vertrag von Lissabon" - jenem mühsam errungenen Kompromiss für eine neue Geschäftsordnung der EU, der hoffentlich doch noch Realität wird - ist eine brauchbare ordnungspolitische Orientierung enthalten: *"Die Union errichtet einen Binnenmarkt. Sie wirkt auf die nachhaltige Entwicklung Europas auf der Grundlage eines ausgewogenen Wirtschaftswachstums und von Preisstabilität, eine in hohem Maße wettbewerbsfähige Soziale Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt, sowie ein hohes Maß an Umweltschutz und Verbesserung der Umweltqualität hin. Sie fördert den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt. Sie bekämpft soziale Ausgrenzung und Diskriminierungen und fördert soziale Gerechtigkeit und sozialen Schutz, die Gleichstellung von Frauen und Männern, die Solidarität zwischen den Generationen und den Schutz der Rechte des Kindes. Sie fördert den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten. Sie wahrt den Reichtum ihrer kulturellen und sprachlichen Vielfalt und sorgt für den Schutz und die Entwicklung des kulturellen Erbes Europas."* (Artikel II, Absatz 3, "Vertrag von Lissabon")

Weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft als Lösungsansatz

Ausgehend von ersten Impulsen in Österreich 1989 und Deutschland 1990-1994 wurde in Weiterentwicklung des bewährten Modells der Sozialen Marktwirtschaft die Idee der Ökosozialen Marktwirtschaft entwickelt. In einer Konferenz der Europäisch-Demokratischen Union (EDU) wurde folgende Formulierung beschlossen: *"Es ist unsere Aufgabe als EDU, der Sozialen Marktwirtschaft eine weitere Dimension zu verleihen: ökologische Zielsetzungen. Sie sollen die Soziale Marktwirtschaft in eine Ökosoziale Marktwirtschaft verwandeln. Die Zeit ist reif, beim industriellen Wachstum von einem Konsum der Umwelt auf einen Schutz der Umwelt umzusteigen. Die in der EDU vereinten Parteien wollen die treibende Kraft bei der Umsetzung dieser Grundsätze in eine internationale Strategie für eine tragbare und umweltverträgliche Entwicklung sein."* (Bulletin 43, "Bericht zur Umweltpolitik", 14. Parteiführerkonferenz der EDU in Paris, 11.-13. September 1991; Dokument EDU/1991/1957)

Aufbauend auf diesen Ansätzen haben wir insbesondere seit der Gründung des Ökosozialen Forum Europa im Jahr 2001 die Anstrengungen auf europäischer und internationaler Ebene intensiviert, um unser "Modell der Balance" zwischen leistungsfähiger Wirtschaft, sozialer Solidarität und ökologischer Nachhaltigkeit - eben die Ökosoziale Marktwirtschaft - als ordnungspolitische Alternative bekannt zu machen.

Ein ganz bedeutsamer Schritt gelang im Jahr 2003 mit der Initiative: "Global Marshall Plan für eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft", die ich in hohem Maß den Ideen Franz Josef Radermachers und den organisatorischen Initiativen Frithjof Finkbeiners verdanke.

Das Projekt "Global Marshall Plan" bietet in Verbindung mit dem ordnungspolitischen Modell der Ökosozialen Marktwirtschaft eine einzigartige Symbiose:

- a) Durch eine völlig neue Form der Finanzierung - minimale Abgaben auf globale Kapitaltransfers, globale Transportsystem und globalen Handel - können jene Mittel aufgebracht werden, um globale Gemeinwohlerfordernisse (wie zB die Millennium-Development-Goals) finanzieren zu können, ohne die staatlichen Budgets zusätzlich zu belasten oder den wirtschaftlichen Wettbewerb zu verzerren. Auch für die Konsumenten sind die vorgeschlagenen Finanzierungen praktisch nicht spürbar, weil die normalen Preisschwankungen ein Vielfaches betragen. Die Erfüllung notwendiger Voraussetzungen auf die korrekte Abwicklung durch die Empfängerländer sowie die Einbindung des Erfahrungspotenzials der in der Entwicklungszusammenarbeit tätigen Organisationen unter Koordination durch die UNO lassen erwarten, dass die zusätzlichen Mittel den bestmöglichen Erfolg - nämlich menschenwürdige Lebensbedingungen für alle Menschen - bringen werden.
- b) Der zweite strategische Ansatz des Global Marshall Plan für eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft unterscheidet unsere Initiative grundlegend von anderen Vorhaben: Durch das Angebot einer fairen und partnerschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit soll es den Staaten der "südlichen Hemisphäre" ermöglicht werden, der Einführung ökologischer und sozialer Standards zuzustimmen, ohne Wettbewerbsnachteile befürchten zu müssen.
- c) Weltweite ökosoziale Marktwirtschaft bedeutet, dass in allen wichtigen globalen Institutionen und Vertragswerken (UNO, WTO, IWF, Weltbank) die gleichen ökologischen, sozialen und demokratischen Standards - und zwar jeweils gleich verpflichtend - eingeführt werden. Dadurch ergäbe sich die Chance auf eine wirklich funktionsfähige Global Governance unter Ausnützung jener Einrichtungen, die es bereits gibt.

Der Global Marshall Plan - eine Initiative für eine neue Weltordnung

Die Global Marshall Plan Initiative wurde im Jahr 2003 durch VertreterInnen aus Politik, Nicht-Regierungsorganisationen (NROs), Wissenschaft, Medien, Kultur und Wirtschaft vorrangig aus dem deutschsprachigen Raum als Netzwerk gegründet. Ihr Ausgangspunkt war die Forderung nach mehr globaler Solidarität und einer partnerschaftlichen, friedensfähigen und nachhaltigen Entwicklung der Menschheit. Im Laufe ihres Bestehens konnte die Initiative zahlreiche weitere Organisationen und Einzelpersonen aus aller Welt als UnterstützerInnen gewinnen. In Österreich wurden mittlerweile auch seitens der Landtage aller neun Bundesländer Beschlüsse zur aktiven Unterstützung auf Länderebene gefasst. Auch die aktuelle Bundesregierung bekundete in ihrem Arbeitsprogramm den Willen zur Unterstützung dieser Initiative. In Anlehnung an das als "Marshallplan" bekannt gewordenen European Recovery Program der Vereinigten Staaten in Folge des Zweiten Weltkrieges und eine Wortschöpfung des ehemaligen US-Vizepräsidenten Al Gore, setzte es sich die Global Marshall Plan Initiative zum Ziel, "einen Beitrag gegen die immer bedrohlicher werdende

Schieflage in der Entwicklung der Menschheit zu leisten". Eine nachhaltige und zukunftsfähige Entwicklung soll nicht zuletzt Wohlstand für alle Menschen gewährleisten.

"Das Ziel der Global Marshall Plan Initiative ist eine Friedensstrategie für die Entwicklung der Menschheit auf der Grundlage von Gerechtigkeit, Solidarität, nachhaltiger Entwicklung sowie eines Dialogs zwischen Kulturen und Religionen, der auf Partnerschaft, gegenseitigem Respekt, Einfühlungsvermögen und Geduld basiert."

(Global Marshall Plan Initiative 2007, S. 8)

Unseren Planeten und Lebensraum für unsere Kinder zu erhalten ist die wichtigste Motivation der GründerInnen und MitarbeiterInnen dieser Initiative. Das Grundprinzip besteht in der geforderten gleichrangigen Behandlung sozialer, ökologischer und wirtschaftlicher Themen. Der vorgeschlagene Weg heißt Ökosoziale Marktwirtschaft, und ist als konstruktive Alternative zur neoliberalen Marktwirtschaft konzipiert. Die Bekämpfung von Armut, ungerechter Verteilung von Wohlstand sowie anderer globaler Bedrohungen für die Menschheit, etwa des Klimawandels, stehen im Vordergrund. Die dahinter liegende Strategie besteht in der Verknüpfung von Finanzierungsplänen mit sozialen und ökologischen Standards. In letzter Konsequenz bedeutet dies vielfach nur die Umsetzung bestehender menschenrechtlicher Standards und bereits eingegangener internationaler Verpflichtungen. Eine weltweit gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums erachtet die Initiative dabei als unumgänglich. Armut, Hunger und die rücksichtslose Ausbeutung unserer natürlichen Umwelt haben strukturelle Ursachen, wie das internationale Handels- und Finanzmarktregime, eine weitgehend unregelmäßige Marktwirtschaft, die systematische Ungleichbehandlung und Diskriminierung von Frauen, die weltweiten Verletzungen der grundlegenden Kinderrechte, um nur einige Beispiele zu nennen.

Die fünf Bausteine des Global Marshall Plan:

Die Forderungen des Global Marshall Plan umfassen in aller Kürze fünf aufeinander bezogene Bausteine:

1. Die Verwirklichung der weltweit vereinbarten Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs) der UNO:
Die Umsetzung der von der internationalen Staatengemeinschaft bei der Vollversammlung der Vereinten Nationen im September 2000 beschlossenen MDGs wird auch seitens der Global Marshall Initiative unterstützt und als ein wichtiger Zwischenschritt in Richtung einer gerechteren Weltordnung und nachhaltigen Entwicklung gesehen.
2. Die Aufbringung von zusätzlichen 100 Mrd. US Dollar pro Jahr für Entwicklungszusammenarbeit:

Diese Zahl basiert auf einer Analyse der UNO, dem sogenannten Zedillo-Report, aus dem Jahr 2001, der von einer erforderlichen Summe von rund 50 Mrd. Dollar pro Jahr zur Umsetzung der MDGs ausging. Die Erreichung der Millenniums-Ziele ist seit Beginn an mit einem Diskurs über eine "globale Partnerschaft" verknüpft. Neben einer Erhöhung der öffentlichen Gelder für Entwicklungszusammenarbeit auf 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens bis zum Jahr 2015 wurden seitens der Staatengemeinschaft auch weitere Maßnahmen größtenteils bereits zugesagt. So soll eine erweiterte Initiative für hochverschuldete Länder einen weiteren signifikanten Schuldenerlass ermöglichen. Des Weiteren wurde im Rahmen der WTO-MinisterInnen-Erklärung von Hongkong im Jahr 2005 der steuerfreie Zugang für Exporte aus den am wenigsten entwickelten Ländern in die Märkte der entwickelten Länder festgehalten. Die Umsetzung dieser Maßnahme findet sich aktuell auch in den Empfehlungen der UN-ExpertInnenkommission zur Wirtschafts- und Finanzkrise. Die gezielte Förderung des Zugangs zu Medikamenten

und Technologie bilden weitere Maßnahmen. Die Bilanz kurz vor Verstreichen von zwei Drittel der Zeit seit der Verabschiedung der MDGs erfolgt, nicht zuletzt angesichts der weltweiten Wirtschaftskrise, zunehmend nüchtern. Allein die zugesagte Aufstockung der Entwicklungszusammenarbeitsgelder ist in den meisten Industrieländern noch in weiter Ferne. Über die bisherigen Versäumnisse heißt es im aktuellen Millennium Development Goals Report (2008) : "Even a sudden escalation of aid flows will not compensate for the failure to provide the continuous and predictable build-up in official development assistance that was implicit in their 2005 commitments." (S. 44)

3. Finanzierung auch durch Belastung globaler Transaktionen und des Verbrauchs von Ressourcen.

Da die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele nicht alleine über die angestrebte Entwicklungszusammenarbeit möglich sein wird, setzt sich die Global Marshall Plan Initiative für die Aufbringung der erforderlichen Mittel über internationale Steuern und Abgaben, wie eine Finanztransaktionssteuer , sowie Umweltsteuern, wie eine Kerosinsteuer oder eine Flugticketabgabe, ein. Neben der Mittelaufbringung kämen hier auch weiterführende soziale wie ökologische Steuerungseffekte zum Tragen: wirtschaftliche Aktivitäten sind bislang nur unterproportional an der Aufbringung von Steuern beteiligt, belasten jedoch in der Regel überproportional die Umwelt (Global Marshall Plan Initiative 2007, S. 14f).

4. Global Governance - die Entwicklung eines Ordnungsrahmens für die Weltwirtschaft

"Die Überwindung des globalen Marktfundamentalismus und die Realisierung einer weltweiten Ökosozialen Marktwirtschaft soll durch Etablierung eines besseren Ordnungsrahmens der Weltwirtschaft im Rahmen eines fairen Weltvertrags ermöglicht werden." (Global Marshall Plan Initiative 2007, S. 16) Internationale vereinbarte Umwelt- und Sozialstandards, wie die grundlegenden wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte sowie jene in internationalen Umwelt- und Naturschutzabkommen etablierte, sollen rasch und dauerhaft umgesetzt werden. Als gangbaren Weg schlägt die Global Marshall Plan Initiative eine Verknüpfung dieser Standards mit (Ko-) Finanzierungsprogrammen. Konkrete Vorschläge zur Frage einer globalen Governance-Architektur werden gegenwärtig im Rahmen der Initiative diskutiert.

5. Nachhaltige statt nachholende Entwicklung - für eine gerechte Entwicklungspolitik.

Der hier zugrunde liegende Entwicklungsbegriff weist über eine bloße Entwicklungszusammenarbeit hinaus und basiert auf einem grundlegenden strukturpolitischen Ansatz. Es geht um den Abbau politischer und wirtschaftlicher Entwicklungshemmnisse und den Aufbau einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit zur Lösung globaler Fragen. Dies kann nicht ohne eine tief greifende Veränderung der herrschenden Besitz- und Machtverhältnisse umgesetzt werden. Eine gerechte partnerschaftliche Zusammenarbeit mit gestärkten Entscheidungsmöglichkeiten der Länder des Südens, die Förderung von Good Governance und Bekämpfung von Korruption sowie partizipative und basisorientierte Formen der Mittelverwendung sind dafür maßgeblich.

Dazu eine "Stimme aus dem Süden": "*Um Frieden, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit zu erreichen, müssen wir eine Veränderung in drei Bereichen wagen:*

1. *Das Gebot der Nachhaltigkeit erfordert einen Wandel in der Beziehung zwischen Natur und Mensch, zwischen Ökologie und Ökonomie.*
2. *Das Gebot der Gerechtigkeit erfordert einen Wandel in der Beziehung zwischen Reichen und Armen, zwischen und innerhalb von Staaten.*
3. *Das Gebot des Friedens erfordert einen Wandel in der Beziehung zwischen verschiedenen Kulturen.*

Ohne soziale, ökologische und ökonomische Sicherheit kann es keinen Frieden geben. Ein weltweiter Marshallplan muss ökologischen Raum für alle Spezies und Gesellschaften sichern, allen Kulturen politischen Raum schaffen und wirtschaftlichen Raum für alle Menschen schützen. Das ist die Agenda für Sicherheit in unsicheren Zeiten." (Dr. Vandana Shiva, Physikerin, Philosophin, Trägerin des Alternativen Nobelpreises, in "Impulse für eine Welt in Balance", Global Marshall Plan Initiative, 2005).

Die Krise als Chance

Als Menschheit sind wir derzeit mit einem neuen Phänomen konfrontiert: Erstmals erleben wir zeitgleich drei weltweite Krisen:

- a) eine Finanz- und Wirtschaftskrise
- b) eine Ressourcenkrise
- c) die Krise eines drohenden unkontrollierten Klimawandels.

"Wenn es auf den Finanzmärkten brennt, dann muss gelöscht werden. Auch wenn es sich um Brandstiftung handelt. Danach müssen die Brandstifter allerdings anschließend gehindert werden, so was wieder zu machen. Die Brandbeschleuniger müssen verboten werden und es muss für einen besseren Brandschutz gesorgt werden", das sagte der deutsche Finanzminister Steinbrück als Begründung für das "Banken-Rettungspaket" 2008. Es stellt sich die Frage, ob die Regierungen ihre Lektion tatsächlich gelernt haben und ob sie zum "Sprung über den eigenen Schatten" wirklich bereit sind, um in einem entschlossenen Miteinander den inhaltlichen Umbau der globalen Institutionen und faire Spielregeln für die Zukunft zu beschließen.

"To-Do-Liste" für die G-20 und die Staatengemeinschaft

Angesichts der brennendsten weltweiten Herausforderungen sollten von der Staatengemeinschaft als Sofortmaßnahmen im Sinne einer weltweiten Ökosozialen Marktwirtschaft folgende Schritte gesetzt werden:

1. Durchsetzung weltweit gültiger Regeln und Kontrollen für die Finanzmärkte.
2. Vorkehrungen gegen destruktive Spekulationen in den Bereichen Finanzmarkt, Nahrungsmittel, Energie und Rohstoffe.
3. Rasche Einführung einer weltweiten Abgabe auf Kapitaltransfers (Finanztransaktionsabgabe).
4. Rasches Schließen der Steueroasen und "Fluchtpunkte" für Bilanzfälschung, Steuerhinterziehung und Geldwäsche.
5. Rascher Abschluss der "Doha-Runde" und Start einer neuen WTO-Verhandlungsrunde zur Implementierung von Sozial- und Umweltstandards, gekoppelt mit einer ausreichend dotierten partnerschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit und Kofinanzierung.

Aus der "Ideenwerkstatt" der Global Marshall Plan Initiative verweise ich in diesem Zusammenhang auf das soeben erschienene Buch von Dirk Solte: "Weltfinanzsystem in Balance - Die Krise als Chance für eine nachhaltige Zukunft" (Terra Media Verlag, Berlin, 2009).

Dirk Solte schlägt darin einen "7-Punkte-Plan" vor und sieht in der Weltfinanzkrise eine möglicherweise einmalige Chance, einen ersten wichtigen Schritt zur globalen ökosozialen Marktwirtschaft zu machen.

Auszugsweise zitiere ich diese sieben Punkte:

"Was sind die wichtigsten Eckpunkte für diese pragmatische und zielführende politische Lösung des Problems?"

1. **Umweltstandards:** *Das Fenster ist geöffnet, um im Rahmen der Folgeverhandlungen zum Kyoto-Protokoll zu einem "Cap and Trade"-Ansatz zu kommen. Dafür ist ein*

Transformationsprozess auszuhandeln der mittelfristig zu gleichen Pro-Kopf-Emissionsrechten führt.

2. **Sozialstandards:** Alle Nationalstaaten haben die Kernstandards der ILO verabredet, die aber derzeit - genauso wie Umweltstandards - im Rahmen der WTO unterwandert werden. Deshalb ermöglichen Kinderarbeit und Umweltverschmutzung auch noch immer Wettbewerbsvorteile.

3. **Markt:** Das Verhindern einer weltweiten Rezession muss jetzt mehr als ein ökosoziales Konjunkturförderungsprogramm auf Pump sein! Öffentliche Investitionen zB in neue Energien und Umwelttechnologien, Bildung und Infrastruktur sollten Teil eines Implementationsprozesses weltweiter gemeinsamer Umwelt- und Sozialstandards sein, die als Verfahrensstandards in der WTO für verbindlich erklärt werden müssen. Erst dann wird es kein Öko- und Sozialdumping zur Profitmaximierung mehr geben und der globale Markt ist ein Ökosozialer Markt.

4. **Globaler Vertrag:** Wie kann dieser gesamte "Deal" zum Abschluss gebracht werden? Die Antwort ist: Ko-Finanzierung. Ein solches Vorgehen - vergleichbar den Erweiterungsprozessen der EU - auch auf globaler Ebene ist der Schlüssel - die Ko-Finanzierung von Standards.

5. **Finanzierung:** Woher kommen die Mittel zur Ko-Finanzierung? Die Antwort ist: Aus der Reform der Finanz- und Steuersysteme im Rahmen eines "Bretton-Woods II- Abkommens", das aber eben nicht nur auf das Finanzsegment beschränkt sein darf. Auch die Steuersysteme müssen angeglichen werden. Denn nur durch eine Harmonisierung der Steuerbemessungsgrundlagen können Steuerumgehen global wirkungsvoll unterbunden werden.

6. **Balancierung:** Außerdem würde zur Finanzierung der Implementation und Ausgleichsprozesse beitragen: Die Besteuerung globaler Transaktionen, Transport, Handel und Finanzströme. Aber auch eine Art Mehrwertsteuer auf alle Finanzprodukte, um die spekulativen Hebelgeschäfte einzudämmen bzw. darauf einen ausgleichenden Beitrag zu erheben, wäre hilfreich. (...)

7. **Geldkrise:** Kurzfristig muss der Liquiditätsengpass - als Treiber der Weltfinanzkrise mit ihren Auswirkungen auf die Realökonomie - behoben werden. Das Zentralbankgeld muss wieder "umlaufen". Hierfür ist die Liquiditätsreservehaltung der Finanzmarktakteure zu begrenzen. Hierzu wäre die Vorgabe einer "Maximalreserve" ein wirksames Mittel. "Überschüssige" Liquidität würde dann über einen "Liquiditätsfonds" verfügbar gemacht." (Zitat Ende) (Weltfinanzsystem in Balance, Dirk Solte, Seite 38-41)

Institutioneller Rahmen - Global Governance

Mittelfristig ist für die Bewältigung der globalen Herausforderungen im 21. Jahrhundert eine Weiterentwicklung der aus dem 19. Jahrhundert stammenden nationalstaatlichen Verfassungen in Richtung einer

a) europäischen und

b) weltweiten demokratischen Verfasstheit wünschenswert beziehungsweise für eine dauerhafte friedliche Entwicklung unverzichtbar.

Kurzfristig scheint es mir aber - wie bereits ausgeführt - möglich und machbar, mittels einer kohärenten inhaltlichen Neuausrichtung der bestehenden globalen Institutionen und Vertragswerke sowie deren harmonische Verknüpfung zu einer praktikablen Global Governance im Sinne der Ziele des Global Marshall Plan für eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft zu gelangen.

Dazu schreibt Franz Josef Radermacher im Buch "Global Marshall Plan - Ein Planetary Contract" (Ökosoziales Forum Europa, 2004, Seite 120-121):

"Die Verfolgung von globalen Zielen setzt ausdifferenzierte Regime mit entsprechenden Regelwerken voraus. Ihre Erarbeitung ist ein Prozess von Jahrzehnten. Glücklicherweise liegen in den Bereichen Handel, Finanzen, Sozialstandards, Umweltstandards etc. Lösungen

in Form internationaler Verträge und Organisationen bereits vor. Es handelt sich dabei insbesondere um die heute besonders wichtigen internationalen Regime wie WTO, IWF/WB, ILO und die bei UNIP beheimateten Umweltverträge auf internationaler Ebene. Die genannten Organisationen und Verträge (Anm.: einschließlich Kyoto-Protokoll und Nachfolgeprotokoll) sind weit entwickelt, haben teilweise ihre eigenen Sanktionsmechanismen und eine damit korrespondierende rechtliche Struktur. Sie sind das Herzstück jedes globalen Ordnungsrahmens für Global Governance. (...) Die Welt hat eine lange Erfahrung mit internationaler Entwicklungszusammenarbeit, verfügt über entsprechende Organisationen und hat einen weiten Weg hin zur Kooperation mit Nicht-Regierungsorganisationen im Umsetzungsbereich zurückgelegt. Auf alle diese Prozesse und Erfahrungen kann aufgesetzt werden. (...) Die verschiedenen Regime sind mit Instrumenten rechtlicher oder schiedsgerichtlicher Art von unterschiedlicher Durchgriffsmacht ausgestattet, um in kritischen Fragen zu Entscheidungen zu kommen. Auch verfügen sie über jeweils spezifische Sanktionsinstrumente, die genutzt werden können." (Zitat Ende)

"Der Global Marshall Plan bildet einen Satz, den weltweiten Nöten in systemischer Art und Weise zu begegnen. Er ist vielfach modifizierbar und gibt damit der Politik Raum für Aushandlungsprozess. Zugleich ist er spezialisierbar. Aus direkter Betroffenheit, aus historischer Verantwortung und wegen der prinzipiellen Möglichkeiten und Interessenabsicherung besteht ein hohes Potenzial für einen allein von Europa getragenen "Marshallplan für Afrika", für den sich der deutsche Bundespräsident Horst Köhler. Insgesamt wird deutlich: Der Global Marshall Plan ist so aufgebaut, dass die industrialisierten Länder im Norden ihre Zukunft während der kommenden Jahre sichern und ausbauen können. Gleichzeitig öffnen sich sehr individuelle Entwicklungspfade für die ärmeren und die Schwellenländer. Die Elemente des Global Marshall Plan sind dabei nicht neu. Sie finden sich in vielen anderen Initiativen und Plattformen. Neu ist nur die Verknüpfung verschiedener Elemente in einem systemisch durchdachten Design. (...) Gemessen an den Chancen, die sich dabei auftun, ist die anstehende Investition in die Zukunft überschaubar und lohnend. Drohende weltweite Eskalationen können so vermieden werden." ("Welt mit Zukunft - Überleben im 21. Jahrhundert", Franz Josef Radermacher, Murmann Verlag, 2007).

"Es ist eine Zeit gekommen, in der wir uns auf gemeinsame Menschheitsaufgaben verständigen und uns an sie binden können. Jetzt erkennen alle: Wir brauchen Ordnung in der Globalisierung, anerkannte Regeln und effektive Institutionen. Diese Ordnung muss dafür sorgen, dass globale öffentliche Güter wie internationale Finanzstabilität, Begrenzung der Erderwärmung und die Gewährleistung freien, fairen Handels gemeinsam definiert und bereitgestellt werden. Es geht um unsere Verantwortung für globale Solidarität. Es geht um die unveräußerliche Würde aller Menschen. Es geht um eine Weltwirtschaft, in der Kapital den Menschen dient und nicht Herrscher über die Menschen werden kann. Begreifen wir den Kampf gegen Armut und Klimawandel als strategische Aufgaben für alle. (...) Der Kampf gegen die Armut und der Kampf gegen den Klimawandel müssen gemeinsam gekämpft werden. (...) Wir brauchen als Weltgemeinschaft ein gemeinsames, verbindendes Ethos. Wir müssen uns auf Werte verständigen, die wir alle teilen und deren Missachtung die Gemeinschaft nicht dulden wird. Das Grundprinzip lautet: Wir wollen andere in Zukunft nur so behandeln, wie wir selbst behandelt werden wollen." (Bundespräsident Horst Köhler, Berliner Rede 2009, 24. März 2009).

Verwendete Literatur:

- Trautl Brandstaller, „Globalisiert den europäischen Wohlfahrtsstaat“ (...)
- Klemens H. Fischer, „Der Vertrag von Lissabon“, Nomos Verlag, 2008
- EDU, Bulletin 43, Bericht zur Umweltpolitik, Dokument EDU/1991/1957
- „Impulse für eine Welt in Balance“, Global Marshall Plan Initiative, Hamburg, 2005
- Dirk Solte, „Weltfinanzsystem in Balance – Die Krise als Chance für eine nachhaltige Zukunft“, Terra Media Verlag, Berlin, 2009
- Franz Josef Radermacher, „Global Marshall Plan – Ein Planetary Contract“, Ökosoziales Forum Europa, Wien, 2004
- Franz Josef Radermacher, „Welt mit Zukunft – Überleben im 21. Jahrhundert“, Murmann Verlag, Hamburg, 2007